



Dritter Periodischer Sicherheitsbericht – Management Summary

Hintergrund Dritter Periodischer Sicherheitsbericht

- Im **Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode** wurde vereinbart, den Periodischen Sicherheitsbericht (PSB) zu aktualisieren (1. PSB: 2001, 2. PSB: 2006).
- Zur Erstellung des 3. PSB fand eine umfassende Neustrukturierung statt. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) richteten eine gemeinsame Geschäftsstelle beim Bundeskriminalamt (BKA) und beim Bundesamt für Justiz (BfJ) ein. Der Bericht wurde auf der Grundlage von Zuarbeiten fachlich zuständiger Behörden sowie behördennaher Institutionen in enger Abstimmung mit BMI und BMJV erstellt.

Kriminalitätsentwicklung seit 2. PSB 2006 im Überblick:

- Von 2005 bis 2019 ist die in der PKS **registrierte Kriminalität** um 15 % zurückgegangen; beeinflusst vor allem vom deutlichen Rückgang der Eigentums- und Vermögensdelikte.
- **Tatverdächtige:** Am häufigsten wurden erwachsene männliche Deutsche registriert; die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) der deutschen Bevölkerung ist stetig gesunken, insb. bei Heranwachsenden (ggü. 2009 -24 %) und Jugendlichen (ggü. 2009 -28 %). Die TVBZ für nichtdeutsche Tatverdächtige (TV) ist nicht ermittelbar, da die Gruppe der Nichtdeutschen in der Bevölkerungsstatistik nur unvollständig abgebildet ist. Diesbezügliche Aussagen sind demnach nicht möglich. Der Anteil der nichtdeutschen TV an den Straftaten insgesamt ist von 21,1 % im Jahr 2009 auf 34,6 % im Jahr 2019 gestiegen (nichtdeutsche TV bei Straftaten ohne ausländerrechtliche Verstöße: Zunahme von 19,2 % auf 30,4 % im selben Zeitraum).
- Im Hinblick auf das Risiko, **Opfer** einer Straftat zu werden, bestehen wiederkehrend zum Teil große delikts-, alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede. Bei Raub waren Männer 2019 (Opfergefährdungszahl – OGZ: 58,0) mehr als doppelt so stark gefährdet wie Frauen (OGZ: 21,4). Am größten ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern zu Lasten der weiblichen Opfer bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (OGZ: 5,4 vs. 63,3).
- Die **Erledigungspraxis Staatsanwaltschaften** war 2005 bis 2013 stabil bei ab 2008 leicht rückläufigen Verfahrenszahlen. Zwischen 2014 und 2016 war ein Zuwachs der Verfahrenszahlen und der Einstellungen ohne Auflagen (Zunahme aufenthaltsbezogener Ermittlungsverfahren und ihrer späteren Einstellung 2015 und 2016) zu verzeichnen.
- Die absolute Zahl der **Verurteilungen und die Verurteiltenziffern** sind von 2007 bis 2019 zurückgegangen. Bei den männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden haben sich die Verurteiltenziffern jeweils etwa halbiert. Diese Entwicklungen sprechen auch für einen Rückgang der Kriminalität.
- Die **Gefangenenraten** sind ebenfalls rückläufig, besonders deutlich bei den männlichen Heranwachsenden, aber auch bei den männlichen Erwachsenen und Jugendlichen.
- **Dunkelfeld:** Daten- und Forschungslage hat sich sehr verbessert. Nun vorhandene Studien bestätigen, dass das Erleben von Kriminalität als Opfer ein seltenes Ereignis ist.
- Die **Kriminalitätsfurcht** ist eher gering ausgeprägt im Vergleich zu Sorgen vor wirtschaftlichen und politischen Themen, zugleich besteht in der Bevölkerung ein hohes Vertrauen in die Polizei. Die Angst vor terroristischen Anschlägen ist zuletzt deutlich zurückgegangen.



Stand: November 2021

- Im **internationalen Vergleich** verzeichnet Deutschland eine niedrige Anzahl vorsätzlicher Tötungen; im **europäischen Vergleich** liegt die Gefangenenerate in Deutschland deutlich unter dem Mittelwert.

Schwerpunkt: Gewaltkriminalität

- Bei **schwerer Gewaltkriminalität (PKS-Definition)** zeigt der Fünfzehnjahresvergleich zum Bezugsjahr 2004 im Hellfeld einen deutlichen **Rückgang** beim Fallaufkommen und bei der Häufigkeitszahl.
- **Institutionen**, wie etwa pädagogische, aber auch Pflege- und Gesundheitseinrichtungen sowie der Straf- und Maßregelvollzug, sind aufgrund ihrer Strukturen und/oder ihres Auftrags anfällig für das Auftreten von Gewalt.
- Seit 2020 hat die **Covid-19-Pandemie** Einfluss auf die Entwicklung der Gewaltkriminalität. Es kam zu einem Rückgang der Gewalt im öffentlichen Raum, während die bereits verfügbaren Daten eine Zunahme der Gewalt im nicht öffentlichen Raum, z.B. im familiären Umfeld, nahelegen.
- Daten zur **Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamten** weisen seit Jahren in der Tendenz steigende Fall- und Opferzahlen auf.
- Zu **rechtswidriger Gewalt von Polizistinnen und Polizisten** bietet von Seiten der Behörden allein die Staatsanwaltschaftsstatistik Zahlen, die eine vergleichsweise hohe Einstellungsquote ausweisen. Dies und der gesamte Diskurs zu dieser Thematik verdeutlichen, dass die Informationsgrundlage verbessert werden sollte und Forschungsbedarf besteht.
- **Insgesamt** zeigt sich, dass der Bedarf einer konsequenten (kriminal-)politischen Begleitung und Weiterentwicklung von Maßnahmen gegen Gewalt bestehen bleibt.

Schwerpunkt: Grooming, Stalking und Mobbing im digitalen Raum

- Unterschiedliche Definitionen erschweren den Diskurs und die Erhebung und Vergleichbarkeit von Daten sowohl im Hell- als auch Dunkelfeld. Die Aussagekraft ist daher eingeschränkt.
- Die verfügbaren Daten deuten auf ein zunehmendes Aufkommen der drei Phänomene in den letzten zehn Jahren hin.
- **Cybergrooming** und **Cybermobbing** weisen gegenüber ihren analogen Formen wesentliche Unterschiede auf. Ein Großteil der Delikte findet unter Jugendlichen statt („Peerkriminalität“). Dies ist v.a. hinsichtlich des Cybergroomings zu betonen, da sich Untersuchungen hier oftmals auf erwachsene Täter beziehen.
- Bei **Cyberstalking** hingegen handelt es sich um ein Delikt, bei dem Opfer und Täter bzw. Täterin zumeist schon Erwachsene sind und das Merkmal „Cyber“ nur eine Ausprägung des gesamten Phänomens Stalkings ist.

Schwerpunkt: Rechtsmotivierte Straftaten einschließlich Rechtsterrorismus

- Rechtsextremismus gilt derzeit als eine der größten Bedrohungen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland.
- Das **Straftatenaufkommen** der polizeilich erfassten Politisch motivierten Kriminalität - rechts- ist seit Jahren stark ausgeprägt; seit 2015 wurden jährlich mehr als 20000 Straftaten registriert (2019: 22 342). Häufigste Delikte sind die Verbreitung von Propagandamitteln und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Die von 2013 bis 2019 dokumentierte Entwicklung von Verfahren der Staatsanwaltschaften wegen



Stand: November 2021

rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten decken sich mit der polizeilich erfassten Entwicklung.

- Die rechtsmotivierte **Hasskriminalität** im Internet hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die meisten Vorfälle nicht zur Anzeige gebracht werden, weshalb viele der Straftaten statistisch nicht registriert werden (können). Im Zusammenhang mit den Zuwanderungsbewegungen ab dem Jahr 2015 gab es bei der behördlichen Erfassung des Deliktbereichs Hasskriminalität mit dem Tatmittel Internet einen starken Anstieg.
- Die Anzahl der polizeilich registrierten **antisemitisch motivierten Straftaten** innerhalb der PMK -rechts- ist seit 2015 (n=1246) bis 2019 (n=1898) kontinuierlich gestiegen. Volksverhetzungen nahmen einen Anteil von etwa 60% aller antisemitisch motivierten Straftaten ein; ein Großteil davon unter Anwendung des Tatmittels Internet (2017 bis 2019 ca. 52%). Die Zahl der Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen antisemitischer Straftaten stieg ab 2015 (n=2263) sprunghaft an (2014: n=689) und verblieb seither auf hohem Niveau (2019: n=1989).
- Von rechtsmotivierten Straftäterinnen und Straftätern geht ein erhebliches Gewaltpotential aus – bis hin zum **rechtsextremistischen Terrorismus**. Hier konnten die Sicherheitsbehörden frühe Ermittlungserfolge gegen Kleingruppen und Einzelpersonen erzielen. Allerdings stellen die seit 2010 verstärkt auftretenden Einzeltäter aufgrund ihrer geringen Anbindung an behördenbekannte Strukturen die Sicherheitsbehörden vor besondere Herausforderungen.